

ARBEIT ZUKUNFT

FRIEDEN! ARBEIT, WOHNUNG, AUSKOMMEN UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

Sonderausgabe

Corona-Krise

April 2020

Das ist euer „Dank“? 12-Stunden-Tag? 60-Stunden-Woche? Wir sagen NEIN!

Die Bundesregierung hat eine so genannte Covid-19-Arbeitszeitverordnung verabschiedet, wonach in „systemrelevanten“ Bereichen wie Gesundheitswesen, Pflege, Lebensmittelversorgung, Wasser- und Energieversorgung, Transport bis zum 31.7.20 die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden und bis zu 60 Stunden wöchentlich ausgeweitet werden kann. Die tägliche Erholzeit kann auf 9 Stunden heruntergefahren werden.

Das ist grotesk! Krankenschwestern, Pfleger, Ärzt/innen arbeiten bereits bis zum Anschlag. Sie brauchen Zeit, um sich zu erholen, damit sie ihren anstrengenden Dienst verrichten können. Das gilt auch für die übrigen Bereiche. Kolleg/innen an den Kassen der Supermärkte arbeiten oft bis zur Erschöpfung, um den Ansturm zu bewältigen. Während die Profite von LIDL, Aldi, Rewe, Edeka wegen der enorm gestiegenen Umsätze sprudeln, werden sie mit 500 Euro Einmalzahlung abgespeist und sollen nun auch noch 12 Stunden arbeiten „dürfen“.

Das ist kapitalistische „Krisenbewältigung“! Alles wird auf den Rücken der arbeitenden Menschen abgeladen. In einem kaputt gesparten Gesundheits- und Pflegewesen mit viel zu knapper Personaldecke wird nichts ernsthaft zur Abhilfe



Karikatur von Dhimiter Ligori, Albanien. Wer trägt die Lasten? Wer eignet sich den Reichtum an?

einer Stellungnahme diese Covid-19-Arbeitszeitverordnung strikt abgelehnt. Die Führung von Verdi jedoch lehnt dies nicht grundsätzlich ab. Sie mahnt, damit dürfe „kein Schindluder getrieben werden“ und „Die Arbeitgeber müssen sich jetzt der Verantwortung für ihre Beschäftigten stellen.“ Verdi-Vorsitzender Frank Werneke ist bereit, diese Verordnung als „untere Haltelinie“ zu akzeptieren.

Doch die Kolleg/innen wissen aus eigener Erfahrung, wie die Arbeitgeber in den Kliniken seit Jahren „ihre Verantwortung“ definieren: Es ist eine Verantwortung für den Profit, für Rationalisierung, für den Abbau von Kapazitäten und Personal, für mehr Arbeitsverdichtung und Stress.

Deshalb:

Das ist euer „Dank“?
12-Stunden-Tag?
60-Stunden-Woche?
Wir sagen NEIN!
Jetzt 30-Stunden-Woche!
Mehr Personal!
Höhere Löhne!

Weitere Infos unter: www.arbeit-zukunft.de

ARBEIT ZUKUNFT
Kontakt zu uns:

**Verlag AZ, Postf. 401051,
70410 Stuttgart oder
info@arbeit-zukunft.de**

Du kannst gern 2 Probeexemplare unserer Zeitung „Arbeit Zukunft“ kostenlos anfordern.

www.arbeit-zukunft.de

gehan. Da ist es doch einfacher und vor allem billiger, die Beschäftigten noch mehr auszupressen.

Das zeigt die Heuchelei ihrer warmen Dankesworte!

Und ob am 31.7.20 wirklich Schluss ist, steht in den Sternen. Denn nach der Corona-Krise wird es eine tiefe Wirtschaftskrise geben – mit tausenden von Pleiten, Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Dann wird das Kapital wieder „mehr Flexibilität“ einfordern.

Die Gewerkschaft NGG hat in

ARBEIT ZUKUNFT
FRIEDEN! ARBEIT, WOHNUNG, AUSKOMMEN UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

Das obige Plakat kann bei uns in A4 und A3 bestellt werden.

Gesundheitsschutz ja! Notstandsregime nein!

Angesichts der Gefährlichkeit der Covid-19 Erkrankung und des Corona-Virus sind wir für einen konsequenten Schutz der Gesundheit.

Das bedeutet für uns: ausreichend Schutzmittel wie Masken, Handschuhe, Desinfektionsmittel, Schutzkleidung für alle Risikoberufe im Gesundheitswesen und bei der Pflege sowie ausreichenden Schutz für alle, die arbeiten müssen wie beispielsweise Verkäufer/innen.

Das bedeutet ebenso ausreichende Kapazitäten im Gesundheitswesen für die Erkrankten, ausreichend Beatmungsgeräte, ausreichend Personal.

Daran mangelt es selbst 3 Monate nach dem ersten festgestellten Auftreten des Virus. Die Bundesregierung und ihr Gesundheitsminister Jens Spahn haben viel Zeit mit Sprüchen wie „Wir haben alles unter Kontrolle“ vertan, statt vorzusorgen. Bis heute gibt es nicht genügend Schutzausrüstung.

Seit Jahren wird das Gesundheitssystem kaputt gespart, Kliniken geschlossen, Betten reduziert, Personal abgebaut, ein Prozess der keineswegs beendet ist, wie unsere Meldungen der letzten Tage zeigen (Vgl. <https://www.arbeit-zukunft.de/2020/03/28/spd-gesundheitsexperte-karl-lauterbach-fuer-schliessung-jeder-zweiten-oder-dritten-klinik/> und <https://www.arbeit-zukunft.de/2020/03/16/sparkurs-im-gesundheitswesen-geht-auch-in-zeiten-der-corona-krise-weiter/> oder <https://www.arbeit-zukunft.de/2020/03/16/bertelsmann-stiftung-will-800-von-1400-krankenhaeusern-schliessen/>)

Schon im Normalfall sind die Kapazitäten mehr als knapp. Die Krankenhäuser sind voll.

Die Bundesregierung hat schon 2012 eine Risikoanalyse für eine Pandemie ähnlich dem Sars-CoV-2-Virus durchführen lassen und hat sie 2013 dem Bundestag übergeben.¹⁾

Daher weiß die Bundesregierung, dass bei ungebremster Ausbreitung die medizinische Versorgung innerhalb weniger Wochen zusammenbrechen könnte. Die Studie ging davon aus, dass es zu mindestens 7,5 Millionen Toten kommt, also fast 10% der Bevölkerung.

Beim aktuellen Sars-CoV-2 ist das Risiko geringer als bei dem Modellvirus der Studie. Aber das Risiko ist immer noch hoch.

Nichts hat die Bundesregierung unternommen, außer mit dem Kaputtsparen weiter zu machen. Der Text des Bundestagsdrucksache (2013!) liest sich, als sei er gestern erst geschrieben worden. Die Sterblichkeitsraten und absolute Zahl der Toten passen zwar nicht, jedoch ist der

starke Bedarf an Masken und Schutzausrüstung ausdrücklich aufgeführt. Nicht mal eine Bevorratung solchen Materials hat es gegeben, wie die aktuelle Lage zeigt. Originalton der Studie:

„Arzneimittel, Medizinprodukte, persönliche Schutzausrüstungen und Desinfektionsmittel werden verstärkt nachgefragt. Da Krankenhäuser, Arztpraxen und Behörden in der Regel auf schnelle Nachlieferung angewiesen sind, die Industrie die Nachfrage jedoch nicht mehr vollständig bedienen kann, entstehen Engpässe.“²⁾

In Berlin wussten also alle, was da auf das Land zukommen würde. Aber es zählt nicht, dass ganz normale Leute im Ernstfall ein vorbereitetes Gesundheitswesen vorfinden. Es zählen vielmehr massive Einsparung, die Kostenrechnung, der Profit! Die Interessen der Profiteure werden bedient!

Inzwischen suchen bürgerliche Medien natürlich, die Studie herunterzuspielen, z. B. der Bayrische Rundfunk (<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/risikoanalyse-zu-fiktivem-virus-passt-nicht-zu-corona,Rt1wJnT>). Doch vergeblich: Die Risikoanalyse passt zu gut zur aktuellen Pandemie. All das beweist krass, dass die politischen Verantwortlichen ganz andere Interessen verfolgen und vertreten als Gesundheitsschutz für normale arbeitende Menschen.

Dieser Eindruck verstärkt sich umso mehr, als ein ähnlicher Skandal mit gleich katastrophalem Ausgang auch aus Großbritannien bekannt wurde. Da gab es 2015 eine Studie mit ähnlichen Resultaten und keinerlei Folgen außer dem weiteren Kaputtsparen des NHS, des „Nationalen Gesundheitsdienstes“.

Die Untätigkeit setzt sich fort. Obwohl es offensichtlich zum systematischem Hamstern von Mangelprodukten (die oft erst durch Hamstern dazu werden!) kommt, gibt es keine klaren gesetzlichen Maßnahmen dagegen. Der offensichtliche Nutzen von Gesichtsmasken wird unvermindert kaputt geredet, anstatt Hersteller zu zwingen zu produzieren und ein Rationierungssystem aufzubauen. Statt dessen wird gejammert, eine Maskenpflicht würde zu weiteren Hamsterkäufen führen. Das ist ein offenes Eingeständnis, dass man das alles „den Marktkräften“, also den kleinen und großen Profiteuren überlässt.

Aber die Gelegenheit zur weiteren Ermächtigung nutzen!

Die, die eine solche Politik zu verant-

worten haben, spielen sich nun als „Retter“ auf, fordern real aber umfassende Ermächtigungen für sich.

Sie missbrauchen diese ernste Krise kurzerhand dafür, um die Rechte des Staatsapparates auszuweiten und die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes abzubauen. Das Parlament hat sich praktisch in „Corona-Ferien“ verabschiedet. Bundes- und Landesregierungen herrschen weitgehend mit Notverordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz. Nichts darf mehr in Frage gestellt werden. Politische Aktivitäten sind faktisch weitgehend verboten.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der für die Katastrophe im Gesundheitswesen verantwortlich ist, hat sich das Infektionsschutzgesetz vom Bundestag so abändern lassen, dass er nun ohne Parlament Verordnungen erlassen kann. So kann er **Zwangsarbeit** für medizinisches Personal anordnen. Das Gesundheitsministerium kann jetzt per Rechtsverordnung **von allen Vorschriften des Infektionsschutzgesetzes und anderer Gesetze abweichen**.

In vielen Bundesländern gibt es ähnliche Gesetzesänderungen. In Mecklenburg-Vorpommern wurde Mitte März im Schatten der Corona-Krise vom Landtag mit den Stimmen der SPD, der CDU und der AfD ein neues Polizeigesetz verabschiedet. Danach dürfen Wohnungen zur Abwehr schwerer Straftaten heimlich überwacht und Smartphones ausgespäht werden. Der grundgesetzliche Schutz der Wohnung wird damit ausgehebelt. (siehe: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/mv-landtag-beschliesst-neues-polizeigesetz-1138690803.html?fbclid=IwAR3aYihknc5QII1FyH9aJ6NI2nuabJWEYNP_XTW3V7VOqaDqFPftZskX7g)

In Planung ist auch der erste große Bundeswehreininsatz im Innern – mit rund 15.000 Soldaten. Durch das Grundgesetz untersagt, wird nun die Krise genutzt, um den Einsatz von Soldaten als Polizeiersatz zu etwas Normalem zu machen.

Während beispielsweise in Schleswig-Holstein in Flensburg und Kiel kleine Kundgebungen mit rund 15-20 Teilnehmern erlaubt wurden, wurden ähnliche Aktionen in Berlin und Hannover untersagt. In Berlin wurde massiv Polizei eingesetzt. Und das obwohl in allen Fällen ein Abstand von 2 Metern eingehalten und Mundschutz getragen wurde, also keine Gesundheitsgefährdung vorlag. Von der Polizei wurden insgesamt 17 Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das In-

fektionsschutzgesetz und Widerstandes gegen Beamte eingeleitet. (siehe: <https://www.heise.de/tp/features/Wenn-Demonstranten-zu-Gefahrdern-erklart-werden-4692869.html>)

Wann und wie bzw. ob überhaupt solche einschneidenden Maßnahmen zurück genommen werden, das hängt davon ab, wie entschlossen diese verteidigt oder zurückgefordert, zurück erkämpft werden. Gesetzesänderungen werden auf Dauer in Kraft bleiben, wenn Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und die demokratische Bewegung in dieser Gesellschaft sich das bieten lassen!

Hintergrund der massiven Aufrüstung des Staatsapparates, des geplanten Militäreinsatzes und der weiteren Beschneidung demokratischer Rechte sind nicht etwa die Ängste vor der Pandemie. Denn dann hätte man sich rechtzeitig um eine Verbesserung des Gesundheitswesens gekümmert. Hintergrund ist die Angst der herrschenden Klasse vor möglichen Unruhen und Widerstand.

Die herrschende Klasse hat Angst vor Unruhen!

In Süditalien (Bari, Neapel und Palermo) haben hungrige Menschen aus den Reihen der Minijobber, Saisonarbeiter, Arbeitslosen bereits Geschäfte geplündert. Sie sind durch die Krisenmaßnahmen so tief ins Elend gestürzt worden, dass sie keinen anderen Ausweg mehr sahen. Die italienische Regierung antwortete mit einem massiven Einsatz der „Sicherheitskräfte“, sah sich aber zugleich gezwungen Unterstützungszahlungen zu erhöhen.

Im Bundesinnenministerium gibt es bereits ein Strategiepapier, dessen Existenz bestätigt wurde, das „nicht für die Öffentlichkeit bestimmt“ sei. Einzelheiten sickerten aber durch. Es wird im schlimmsten Fall mit 1,2 Millionen Toten gerechnet! (siehe: <https://taz.de/Strategiepapier-des-Innenministeriums/!5675014/>) Das könnte natürlich zu Wut und Unruhen führen. Jetzt rächt sich auch für die herrschende Klasse, dass sie das Gesundheitssystem für den Maximalprofit geopfert hat. Sie hat Angst vor den Menschen und braucht ein Notstandsregime, das als „Hilfe“, „notwendig“ den Menschen schmackhaft gemacht werden soll.

Der Spiegel schrieb in einem Bericht vom 29.3.20 über die nun kommende Wirtschaftskrise: „Bald könnte Revolution in der Luft liegen, wenn das so weitergeht. Stellt die deutsche Mittelschicht irgendwann fest, dass ihr Betrieb pleite, ihr Arbeitsplatz verloren oder ihr Aktionsplan wertlos ist, dann wird sie sich radikalisieren.“ (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-droht-eine-revolution-der-mittelschicht-a-b900b343-fa69-4fb6-98e2-bb0fe4e3615c>)

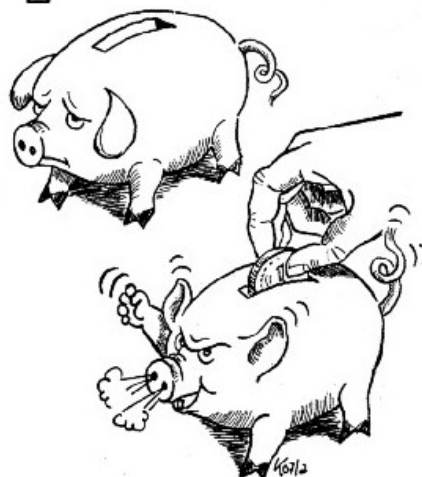
Wir denken dabei jedoch nicht an die Mittelschicht, sondern an die Millionen Arbeiter/innen und Arbeitslosen, die äußerst prekär leben und nun noch tiefer gestoßen werden. Wer nur Mindestlohn oder noch weniger hatte, wovon soll der leben, wenn das wegbreicht? Und es wird viel wegbrechen.

Wir haben nun die Aufgabe, für einen umfassenden gesundheitlichen Schutz der Arbeiterklasse und des Volkes einzutreten, zugleich aber demokratische Rechte und Freiheiten zu verteidigen. **Darüber hinaus müssen wir darauf vorbereitet sein, dass das Kapital versuchen wird, die Krise auf die Arbeiterklasse sowie das Volk abzuwälzen.** Der Kampf dagegen muss jetzt organisiert werden und unser Schwerpunkt sein. Dabei zeigt die Corona- und Wirtschaftskrise sehr deutlich, dass dieses kapitalistische System zerstörerisch ist und beseitigt werden muss! Das können nur die arbeitenden Menschen im gemeinsamen Kampf erreichen!

Wir haben nun die Aufgabe, für einen umfassenden gesundheitlichen Schutz der Arbeiterklasse und des Volkes einzutreten, zugleich aber demokratische Rechte und Freiheiten zu verteidigen. **Darüber hinaus müssen wir darauf vorbereitet sein, dass das Kapital versuchen wird, die Krise auf die Arbeiterklasse sowie das Volk abzuwälzen.** Der Kampf dagegen muss jetzt organisiert werden und unser Schwerpunkt sein. Dabei zeigt die Corona- und Wirtschaftskrise sehr deutlich, dass dieses kapitalistische System zerstörerisch ist und beseitigt werden muss! Das können nur die arbeitenden Menschen im gemeinsamen Kampf erreichen!

- 1) Deutscher Bundestag Drucksache 17/12051 17. Wahlperiode 03. 01. 2013. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 – Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 21. Dezember 2012 gemäß § 18 Absatz 1 und 2 des Gesetzes über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes. Hier speziell die Seiten 5 und 6 sowie Anhang 4
- 2) Ebenda S. 73

Spendensammlung



Wir brauchen Eure Hilfe!

„Arbeit Zukunft“ lebt allein von ehrenamtlicher Mitarbeit und Spenden. Alle Aktivitäten wie Homepage, Zeitung, Flugblätter kosten Geld. Spenden bitte auf das Konto Verlag AZ, Postbank, IBAN DE50 6001 0070 0401 6127 03

Mitten in der Corona-Krise werden Kliniken geschlossen

Fieberhaft werden Messehallen zu Krankenhäusern umgebaut. An einigen Orten werden alte, leerstehende Kliniken reaktiviert. Zelte werden für Notkliniken aufgestellt. Und gleichzeitig werden an verschiedenen Orten in Deutschland Kliniken dicht gemacht.

Beispiel Havelberg

Insgesamt 52 Pflegekräfte und Ärzt/innen wurden entlassen. Das nächste Krankenhaus ist nun ca. 30 Minuten entfernt. Der private Klinikbetreiber ließ sich durch Proteste der Beschäftigten und der Bevölkerung nicht beirren. Das Krankenhaus sei defizitär und bringe nicht die notwendigen Fallzahlen.

Beispiel Neckar-Odenwald

CDU-Landrat Achim Brötel im Neckar-Odenwald-Kreis: „Krankenhäuser im ländlichen Raum sind seit Einführung der Fallpauschalen chronisch unterfinanziert.“ Gab es früher Tagespauschalen sind mittlerweile die Kliniken durch die Fallpauschalen zur Arbeit im Akkord gezwungen. Das bevorteilt durchrationalisierte Krankenhausfabriken mit hohen Fallzahlen. Die sind fast alle in privater Hand. Große Klinikkonzerne machen hier Milliardenprofite.

Auch die Neckar-Odenwald-Klinik ist defizitär und steht auf der Schließungsliste. Doch der Landkreis und die Bevölkerung wehren sich noch.

Beispiel Lindenfels

Bürgermeister Michael Helbig (SPD) in Lindenfels in Südhessen berichtet, der Ort habe „acht Stadtteile und acht Feuerwehrestellen“. Ein Krankenhaus gibt es nicht mehr. „Bei einem großen Unwetter könnten wir sofort reagieren, bei einer Pandemie sieht das anders aus.“ Früher gab es ein Krankenhaus mit 10 Beatmungsplätzen. Wegrationalisiert, weil „zu teuer“.

Beispiel Sankt Goar

Loreley-Kliniken werden zum 30.9.20 geschlossen - unrentabel.

Aktuell sind in Süddeutschland 6 von Krankenhäusern defizitär, weil vor allem kleinere Krankenhäuser durch die Fallpauschalen systematisch ruiniert werden.

Man sieht wie zerstörerisch der Kapitalismus und sein Profitstreben wirkt. Der „Markt“ regelt, allerdings nur im Sinne des Profits. Daher muss das Gesundheitswesen vergesellschaftet und nach den Bedürfnissen der Menschen gestaltet werden. Das kapitalistische System muss abgeschafft werden.

USA: „Wegen Corona verliere ich meine Arbeit und meine Krankenversicherung“

Millionen neuer Arbeitslose, eine Viertelmillion Infizierte und Tausende Tote (Mittlerweile ist das rasant gestiegen, Anmerkung d. Red.) – die sozialen Folgen der Coronakrise treffen die US-amerikanischen Werktätigen mit voller Wucht. Dazu die Korrespondenz eines Werktätigen an den Red Phoenix, der Zeitung der American Party of Labor, vom 21. März 2020.

Freitagmorgens habe ich bei der Arbeit eine Besorgnis erregende E-Mail erhalten: Meine Firma werde wegen der durch COVID-19 verursachten Wirtschaftskrise Mitarbeiter entlassen. Eine Stunde später wurde ich aufs Büro bestellt, wo mir mitgeteilt wurde, dass ich vorläufig freigestellt sei. Als ich gefragt habe, ob ich nach dem Ende dieser Krise wieder zur Arbeit kommen könne, wurde mir mitgeteilt, dass es dafür keine Garantie gäbe. Mein Arbeitsverhältnis ist damit völlig unsicher. Ich weiß nicht, ob und wann mich die Firma zurückholt, vorausgesetzt sie überlebt die Krise.

Ich befinde mich damit jetzt in derselben Lage, in der sich unzählige andere US-Amerikaner auch befinden. So meldet die New York Times, dass 1.200 Beschäftigte der Flughäfen im Raum New York entlassen worden sind. Es gab Massenentlassungen in Kalifornien, Washington, Pennsylvania, New Jersey und anderswo. Laut einer Umfrage unter 17.000 Mitgliedern von Fishbowl – einem Social Network von Berufstätigen – haben 54 Prozent der Teilnehmenden Angst, wegen dieser Krise ihre Arbeit zu verlieren. Laut dieser Umfrage sind davon besonders Menschen in San Francisco, New York City und Atlanta betroffen.

Ich kann nicht für andere sprechen, ich kann nur darüber berichten, wie mich diese Krise trifft. Diese Entlassung ist eine enorme Belastung für mich. Meine Familie braucht mein Einkommen; verliere ich das, verlieren wir vielleicht unsere Wohnung. Die Krise macht es nur noch deutlicher, dass Werktätige nicht von den Launen der Börsen abhängig sein sollten, um ein Dach über dem Kopf zu haben. Warum sollten Werktätige gerade dann von Obdachlosigkeit bedroht sein, wenn alle zu Hause bleiben sollen? Die naheliegendste Maßnahme wäre es, während dieser Krise alle Miet- und Hypothekenzahlungen auszusetzen. Und doch müssen wir weiter gehen als das, und das System überwinden, dass das Menschenrecht auf Wohnung vom räuberischen

Verhalten von Banken und Vermietern abhängig macht.

Der nächste Schock war, dass ich neben meiner Arbeit auch meine Krankenversicherung verloren habe. Sollte ich jetzt erkranken, kann ich mir keine Behandlung leisten. Wie viele US-Amerikaner verlieren jetzt ihre Arbeit und werden krank? Die Zahl der nicht versicherten US-Amerikaner wird gerade dann in die Höhe schießen, wenn ein Krankenversicherungsschutz am allernötigsten ist. In einem verabscheuenswürdigen Fall wurde einem Amerikaner ohne Versicherungsschutz eine Rechnung von 34.927 USD für eine COVID-19-Behandlung gestellt. Wie viele Leute werden jetzt zu Hause bleiben, wenn sie sich infiziert haben?

Wir erkennen jetzt, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, Krisen zu überwinden. Im Gegenteil sind Wirtschaftskrisen wie die, die wir gerade erleben, untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden. Auch ohne das Virus sind die Börsen dazu verdammt, regelmäßig um der inneren Widersprüche des Kapitalismus willens zusammenzubrechen. Und gerade die USA sind wegen des Fehlens eines sozialen Netzwerkes unter allen kapitalistischen Staaten am wenigsten darauf vorbereitet, mit dieser Krise fertig zu werden.

Im Augenblick weiß ich nicht, was mir, meiner Familie, meiner Nation und der Menschheit die Zukunft bringen wird. Ich kann nur hoffen, dass all das als Wachruff dient. Wir müssen erkennen, dass die Grausamkeiten der freien Marktwirtschaft diese Krise verursacht hat. Wir alle sind dazu verdammt, uns wegen Nahrung, Wohnung und Medizin auf Kapitalisten zu verlassen. Sobald Kunden und Werktätigen zu Hause bleiben, gleitet dieses System in Chaos – und wir werden der elementaren Menschenrechte beraubt. Wir brauchen etwas anderes, meine Familie braucht etwas anderes. Wir brauchen eine Planwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, und nicht die Anarchie des freien

Marktes.

Übersetzung von <https://theredphoenixapl.org/2020/03/21/letter-to-the-phoenix-losing-my-job-and-health-insurance-in-the-wake-of-covid-19/>

Skandal! Zehntausende Pfleger/innen und Verkäufer/innen Aufstocker!

In der Pflege und im Einzelhandel müssen tausende Beschäftigte seit Jahren Sozialleistungen beziehen, weil das Gehalt nicht reicht. Das berichten „Süddeutsche Zeitung“ und „Deutschlandfunk“.

Sie sind so genannte Aufstockerinnen bzw. Aufstocker!

Das geht aus einer Antwort auf die schriftliche Anfrage der Bundestagsfraktion der Linkspartei hervor. Demnach mussten 2018 mehr als 17.000 Pflegerinnen und Pfleger Leistungen der Grundsicherung in Anspruch nehmen. Bei den Verkäuferinnen und Verkäufern waren es rund 50.000. In beiden Branchen traf es vor allem Teilzeitbeschäftigte. Die Linkspartei im Bundestag forderte richtigerweise auch eine Anhebung der Mindestlöhne. Unter anderem Pflegekräfte und Mitarbeiter des Einzelhandels zählen in diesen Tagen der Corona-Krise zu den sogenannten „systemrelevanten Beschäftigten“. Viele Politiker sprechen ihnen nun plötzlich besondere Wichtigkeit zu. Aber anstatt unverzüglich eine entscheidende Entgelterhöhung in die Wege zu leiten, wird mal kurz im Bundestag geklatscht und eine kleine Einmalzahlung gegeben. Zum Skandal kommt die Heuchelei!

Arbeit Zukunft schrieb am 23. März 2020: Pflegekräften danken? Das heißt Löhne erhöhen! (Vgl.: <https://www.arbeit-zukunft.de/2020/03/23/pflegekraeften-danken-heisst-loehne-erhoehen/#more-6695>)

Kontakt zu uns:



01520-6361023

info@arbeit-zukunft.de

